Wir haben Platz. Evakuiert die Lager

Über 200 Städte und Kommunen haben sich mittlerweile bundesweit zu sicheren Häfen erklärt und sind bereit Geflüchtete aufzunehmen. Damit es nicht nur bei einem symbolischen Bekenntnis bleibt, wird seit Jahren Druck gemacht, damit schutzsuchende Menschen endlich tatsächlich aufgenommen werden. Seit Jahren wird auf die Situation an den Grenzen Europas aufmerksam gemacht.

Wir wissen es alle: überfüllte Camps, die nur auf die Unterbringung eines Bruchteils der Menschen ausgelegt sind, katastrophale hygienische Bedingungen, stundenlanges Anstehen für Essen, kaum Zugang zu medizinischer Versorgung, kein Recht darauf, Rechte zu haben. Jahrelanges Verdammt sein zu Ungewissheit und Unsicherheit. Die griechische Regierung setzte zu alldem im März 2020 das Asylrecht für einen Monat außer Kraft. Und dann Corona: keine Möglichkeit zu social distancing, regelmäßigem Händewaschen, Schutz von Personen, die zu Risikogruppen gehören. Das Isolationszentrum für Covid-19-Verdachtspatienten von Ärzte ohne Grenzen musste schließen – es drohten Bußgelder, wegen Verstößen gegen Stadtplanungsvorschriften. War die vierfache Überbelegung des Camps konform mit den Stadtplanungsvorschriften?

In fast allen europäischen Ländern gelten strenge Hygienevorschriften und Kontaktbeschränkungen. Schutzsuchende allerdings werden dazu gezwungen unter Bedingungen zu leben, die ansonsten als “Großveranstaltung“ schon längst verboten worden wären. Anfang September 2020 gab es die ersten Corona-Fälle in Moria. Genau davor wurde schon seit Ausbruch der Pandemie gewarnt. Und trotzdem wurde nichts unternommen, um die Menschen zu schützen. Stattdessen wurde die seit März verhängte Ausgangssperre weiter verschärft. Moria sollte komplett abgeriegelt werden.

In Deutschland bringen einzelne Bundesländer seit Monaten Initiativen voran, Schutzsuchende von den griechischen Inseln aufzunehmen. Das Bundesinnenministerium jedoch blockiert heute die Aufnahmebereitschaft der Länder. In der Vergangenheit hat die Aufnahme von Geflüchteten aus Syrien über die Bundes- und Landesebene funktioniert. Mit dem EU-Türkei-Deal wurden die Aufnahmen zu einem Instrument der Migrationskontrolle: während syrische Geflüchtete aus der Türkei aufgenommen wurden, wurden andere auf den griechischen Inseln festgehalten. Schutzsuchende Menschen wurden so zum Spielball europäischer Asylpolitik. Die vermeintliche Suche nach der „europäischen Lösung“ ist die Ausrede dafür, die Menschen weiterhin festzuhalten.

Im bayerischen Landtag wurde der Antrag zu einem Landesaufnahmeprogramm für 500 Personen aus Moria abgelehnt; ebenfalls mit der Begründung, es brauche eine europäische Lösung. Dabei sehen wir doch seit Jahren, wie diese Lösung aussieht: die Bedingungen auf Lesbos, Chios, Leros, Kos und Samos sind das Resultat des EU-Türkei-Deals. Es war genau diese europäische Lösung, die für eben jene katastrophalen Bedingungen gesorgt hat. Und falls man die Frage stellen will, wer den Brand in Moria gelegt hat; falls man diese Frage wirklich stellen will angesichts der Tausenden Menschen – Menschen, die vor Krieg und Gewalt geflohen sind – die das wenige, was sie vielleicht davor noch hatten, verloren haben, die nicht ausreichend zu essen und zu trinken haben, deren Not mit Tränengas beantwortet wird; also nochmal: falls man diese Frage stellen will, dann sage ich: die Brandstifter sind die Verantwortlichen der europäischen Flüchtlingspolitik.

Im Umgang mit Asylsuchenden brechen die EU-Staaten seit Jahren internationales und europäisches Recht. Und wieso stellen wir nicht die Frage, warum wir Menschen, die vor Krieg und Gewalt geflohen sind, hier mit neuer Gewalt begegnen. Warum haben diese Menschen auf einem Parkplatz vor einem Supermarkt nichts zu essen und zu trinken? Warum stellt man sie vor die Wahl, auf der Straße zu leben, ohne Essen, ohne Wasser, ohne sanitäre Anlagen;
Oder in ein neues Camp zu gehen, ohne zu wissen, wann oder besser gesagt, ob sie wieder da raus dürfen. Ein neues Camp, das auf einem ehemaligen militärischen Schießübungsgelände errichtet

wurde. In dem die Menschen auf dem Schotter schlafen, kein Leitungswasser haben, in dem es einmal am Tag eine Essensration gibt.
Dass die Menschen erst einmal nicht aus dem Lager dürfen, wird mit Hygienemaßnahmen begründet – aus medizinischen Gründen, so heißt es von offizieller Seite. Und was war das nochmal mit dem Isolationszentrum von Ärzten ohne Grenzen?

Wir sollten uns eher die Frage stellen, wie weit die Abschreckung noch gehen soll und wie wir angesichts dessen noch selbst an unsere eigenen Werte glauben können. Wenn wir schutzsuchende Menschen davon abhalten wollen, hierher zu kommen, indem wir aktiv dafür sorgen, dass sie hier Bedingungen vorfinden, die denen ähneln, vor denen sie geflohen sind. Wenn das die Logik ist: es muss hier für diese Menschen nur annähernd so schlimm sein, wie dort, wo sie hergekommen sind, wenn das weiterhin die Logik der europäischen Flüchtlingspolitik sein soll, dann kann ich nur sagen: ich schäme mich für Europa.

Wir brauchen endlich humanitäre Aufnahmeprogramme, die ihrem Namen gerecht werden. Also humanitäre Aufnahmeprogramme, die nicht zur Migrationskontrolle missbraucht werden. Wir brauchen Möglichkeiten, dass das internationale Recht auf Asyl auch wahrnehmbar wird. Was nützen Rechte, wenn Menschen keinen Zugang zu ihnen erhalten? Was nützen Menschenrechte und Menschenwürde, wenn politische Entscheidungsträger*innen ihre Realisierung aktiv bekämpfen? Wir brauchen endlich eine Politik, die nicht auf Abschreckung schutzsuchender Menschen setzt, sondern sich - entsprechend unserer Werte – für die Schaffung sicherer Fluchtwege einsetzt. Und dem Elend der Schutzsuchenden endlich ein Ende bereitet.

Über 200 Städte und Kommunen in Deutschland haben bereits signalisiert – und das teilweise mit hohem Nachdruck - schutzsuchende Menschen aufzunehmen. Auch der Kemptener Bürgermeister Thomas Kiechle hat vor einiger Zeit in einem offenen Schreiben an das Innenministerium die Bereitschaft zur Aufnahme einiger Menschen nachdrücklich offengelegt.
Dies kann natürlich nur ein erster Schritt sein – wie viele Geflüchtete unter welchen Bedingungen kommen können, ist unklar, solange das Bundesinnenministerium weiter die Aufnahmebereitschaft der Kommunen und Länder aktiv blockiert.

Söder hat im Jahr 2018 gesagt, dass wir nicht auf Europa warten dürfen und Deutschland selbständig handeln muss. Das war natürlich in Bezug auf Sicherung der Grenzen und Zurückweisungen gemeint. Wie wäre es denn, wenn Deutschland sich so klar positionieren würde, was die Wahrung von Menschenrechten betrifft?